



Presseerklärung

Kabinettsbeschluss zur Ruhrkonferenz – wichtiges Etappenziel

Als „wichtigen Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnen die Unternehmensverbände Dortmund den Kabinettsbeschluss der Landesregierung zur Ruhrkonferenz. In den am 06. November 2019 vorgestellten 74 Einzelprojekten liegen die Schwerpunkte auf Wirtschaft, Bildung, Mobilität, Energie und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Die Schwerpunkte der Ruhrkonferenz umschreiben die Kernherausforderung für das Ruhrgebiet und zielen auf die Stärkung seiner wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit ab.

„Die Einzelprojekte haben das Potential, spürbare Impulse für das Ruhrgebiet zu setzen“, so Ernst-Peter Brasse, Geschäftsführer der Unternehmensverbände. „Jetzt kommt es darauf an, die Projektideen zu konkretisieren und zu entwickeln, damit die Ruhrkonferenz greifbare Ergebnisse erzielt.“

Nach Ansicht der Unternehmensverbände hat insbesondere die Zielsetzung der Projekte im Handlungsfeld Mobilität die große Chance, das Ruhrgebiet zu einem weltweiten Prototyp für „smart mobility“ zu entwickeln. Die Region sei mit ihren engmaschigen Verkehrsnetzen und ihrer hohen Bevölkerungsdichte geradezu prädestiniert, moderne Mobilitätskonzepte zu entwickeln und einzusetzen. „Hiervon würden Wirtschaft und Bevölkerung gleichermaßen profitieren“, erklärt Brasse.

Allerdings bleiben die Themen Industrie- und Gewerbeflächen sowie Grund- und Gewerbesteuerhebesätze deutlich hinter den Erwartungen der Unternehmensverbände zurück. „Um den Strukturwandel abzuschließen, benötigt die Wirtschaft eine Ausweisung neuer Industrie- und Gewerbeflächen sowie eine Senkung der hohen Hebesätze“, fordert Brasse. „Um die Wirtschaftsstruktur des Ruhrgebietes flexibler zu gestalten und jungen innovativen Unternehmen einen attraktiven Platz für ihr Wachstum zu geben, muss an dieser Stelle nachgebessert werden.“ Hier verweist Brasse speziell auf das Gewerbegebiet des ehemaligen Kraftwerkes Knepper, dessen Entwicklung wesentlich schneller vorangetrieben werden könne. Brasse schließt sich damit den Forderungen der Kammern und der betroffenen Kommunen Dortmund und Castrop-Rauxel deutlich an.

Die Ruhrkonferenz hat nach Ansicht von Brasse nach wie vor großes Potential, wenn die Einzelprojekte innerhalb der beschlossenen strategischen Handlungsfelder zügig angegangen werden und die bisher beteiligten gesellschaftlichen Gruppen mit dem gleichen Engagement weiterarbeiten.

Dortmund, 08.11.2019

Ernst-Peter Brasse
Geschäftsführer